

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 384 02. Mai 2007

13. Jahrgang

Wiederaufnahme des Plan Puebla Panamá

Bei einem Treffen am 9. und 10. April in Campeche, Mexiko, beschlossen die Regierungen der neun, am *Plan Puebla Panamá* (PPP) beteiligten Länder, ihre Zusammenarbeit zu verbessern und gewisse Projekte zu revidieren. Soziale Gruppierungen der mittelamerikanischen Zivilgesellschaft kritisieren die Initiative nach wie vor und sehen in ihr einen Vorwand, um die Infrastrukturprojekte im südlichen Teil Mexikos voranzutreiben und nach Zentralamerika auszuweiten, ohne dabei menschenrechtliche Grundsätze einzuhalten, geschweige denn die spezifischen Rechte der indigenen Bevölkerung. Einige soziale Organisationen in Mexiko und Guatemala gehen noch einen Schritt weiter und beschuldigen ihre Regierungen, den Kampf gegen das organisierte Verbrechen als Vorwand zu nutzen, um die Repression gegen die ländlichen Gemeinden zu verstärken, die sich gegen die Investoren und die Megaprojekte des PPP wehren.

Wir fassen zwei Artikel aus *Inforpress Centroamericana* 1699 und 1700 zusammen.

Bei ihrem Treffen in Campeche gaben die Präsidenten von Belize, Kolumbien, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko und Panama sowie der Vizepräsident von Nicaragua zu, dass trotz der grossen Erwartungen, die der PPP bei seiner Lancierung im Jahr 2001 geweckt hatte, die bisherigen Fortschritte im Bereich der länderübergreifenden Infrastruktur wie Strassen, elektrische und Energiesysteme sowie der menschlichen Entwicklung begrenzt sind. Entsprechend unterzeichneten sie nun ein neun Punkte umfassendes Dokument, in dem sie sich verpflichten und gegenseitig versprechen, eine neue Dynamik in das überregionale Projekt zu bringen.

Gemäss einer Presseerklärung der *Mexikanischen Allianz für die Selbstbestimmung der Völker* (AMAP) vom 10. April, bedeutet die Wiederaufnahme des PPP „eine Strategieänderung im vermeintlichen regionalen Entwicklungsplans, der die Geschäfte im Hochtechnologiebereich und die Investitionen des Ölunternehmens *Grupo Carso* absichern will, ebenso wie die Energieprojekte von transnationalen Wirtschaftsgruppen wie IBERDROLA, die in Komplizenschaft mit der Weltbank agiert. Dazu werden neue Militarisierungs- und Repressionsmechanismen gegen die Zivilbevölkerung entwickelt“.

Die mexikanische *Grupo Carso* und IBERDROLA aus Spanien sind die grössten in den PPP involvierten Unternehmen. Andere wichtige Investoren sind: Exxon, Shell, Wal-Mart, Bimbo, ICA, TELMEX, GAMESA, Repsol, Dundee Securite, CEMEX, ENDESA, AEOLIA und die Bank von Japan.

Der PPP wurde im Jahr 2001 ins Leben gerufen auf Initiative des damaligen mexikanischen Präsidenten Vicente Fox, mit dem Ziel, koordinierte Infrastrukturerweiterung in der Region zu planen und umzusetzen. Alle unterzeichnenden Staaten übernahmen den Plan als Teil ihrer „Staatspolitik“, was ihm eine gewisse Permanenz und politische Verankerung garantierte.

Zwischen 2003 und 2006 wurden insgesamt 4,5 Mrd. US-\$ in 33 Projekte investiert, was ein Drittel des ursprünglich geplanten Volumens ist. Wirkliche Erfolge wurden aber auf dem Treffen in Campeche nicht präsentiert, in den meisten Fällen blieb es bisher bei Machbarkeitsstudien.

Ebenso wie verschiedene andere soziale Organisationen hat AMAP schon früher erklärt, dass der PPP alles andere als ein Entwicklungsplan sei, sondern ein Geschäftsplan, der die Souveränität der beteiligten Länder untergrabe, da die jeweiligen Regierungen den transnationalen Unternehmen sämtliche Unterstützung garantierten, damit diese ihre teuren und die Umwelt schädigenden Projekte realisieren könnten.

Mit dem PPP sollen die Bedingungen geschaffen werden, um die privaten Investitionen in den Bau von Infrastruktur (Schnellstrassen, Schiffs- und Flughäfen, Güterzüge und Stauseen zur Stromgewinnung) zu fördern und um den Transport und den Export von Waren, in erster Linie in die Vereinigten Staaten, zu begünstigen. Nebenefekte sind der Ausbau von in der Nähe dieser Infrastruktur gelegenen Freihandelszonen, Monokulturen und grossen Tourismuskomplexen. Das von Mexiko mit den USA und Kanada ausgehandelte Freihandelsabkommen NAFTA und das zentralamerikanische Pendant CAFCA legen mit ihren entsprechenden Paragraphen die rechtliche Basis dafür.

Aber, wie es in der Presseerklärung von AMAP heisst, „gibt es keinen Paragraphen, der festlegt, dass die Menschenrechte der betroffenen Bevölkerungen eingehalten werden müssen“. Als Beweis dafür, dass die Megaprojekte keine Entwicklung in die indigenen und bäuerlichen Gemeinden bringen, nennt die AMAP die in den letzten Jahren zunehmende Migration der jungen mexikanischen Bevölkerung, die Arbeit in den USA sucht. Jährlich sind es etwa eine halbe Million Menschen, die sich von Mexiko aus in den Norden begeben.

Die Situation ist ganz ähnlich in Zentralamerika, speziell in Guatemala, Honduras und El Salvador. Im letztgenannten Land ist bereits etwa ein Drittel der Bevölkerung in die USA ausgewandert.

In diesem Sinne, versichert AMAP, „gehört die territoriale Neuordnung einzig und allein der Notwendigkeit, eine neue Industrie- und Wirtschaftszone zu erschliessen, so wie es die Logik der Globalisierung fordert. Produktion für den Export und, in Folge davon, Zerstörung der regio-

nalen und nationalen Märkte“. AMAP fordert deshalb die sofortige Annullierung des PPP.

Laut Carlos Fazio vom *Zentrum für Menschenrechte von Tapeyac*, Mexiko, hat der langsame Fortschritt bei der Umsetzung des PPP einen Funktionär der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* (BID) zu der Äusserung verleitet, der PPP sei „etwas Irreales“, das trotz verschiedener Präsidentenwechsel seit seiner Unterzeichnung nicht vorankam.

Anlässlich seiner ersten Zentralamerika-Reise als gewählter Präsident von Mexiko, verkündete Felipe Calderón im Oktober 2006 den „Relaunch“ des PPP. Er meinte, die regionale Entwicklung brauche einen „kohärenten, langfristigen Plan“, der „vitale Projekte“ in den Bereichen Energie und Infrastruktur enthalte.

Sich auf die Aussagen Calderóns und des BID-Funktionärs beziehend erklärt Fazio, der Plan sei überhaupt nichts Irreales, und Calderón brauche auch gar nichts wiederzubeleben. Es laufe alles nach Plan. Als Reaktion auf die Mobilisierungen der BürgerInnenorganisationen seit 2003 und auf Anraten der BID hätten nämlich die Regierungen die Strategie des Versteckens gewählt, das heisst, sie trieben den PPP hinter dem Rücken der Öffentlichkeit voran. Diese Strategie schien zu funktionieren, denn viele WissenschaftlerInnen und Medien sprachen davon, dass der PPP gestorben sei. Doch er schritt leise und unsichtbar voran.

„Der Plan ist Teil des US-amerikanischen geostrategischen Vormarsches auf unserem Kontinent, um Japan und den industrialisierten Ländern Europas die Stirn zu bieten. Dabei werden multinationale Konsortien und die lokale Oligarchie eingebunden. Davon ausgehend, dass die Region reich an Öl und Naturgas, an Wasser, Pflanzen und Mineralen ist und sich ausserdem für die Energiegewinnung eignet, verfolgt der Plan eine neokoloniale Schiene, die darauf abzielt, die Naturreserven und die billige Arbeitskraft auszubeuten“, erklärt Fazio.

Ausser der Propaganda von Entwicklung und Arbeitsplatzbeschaffung finden sich in den Dokumenten des PPP fünf Schlüsselbegriffe: Handel, Investition, Privatsektor und Wettbewerbsfähigkeit.

Bis heute haben die Bevölkerungen im Süden und Südwesten Mexikos am meisten Erfolg gehabt in ihrem Protest gegen den PPP und seine Megaprojekte. Durch verschiedene Formen des Widerstands haben diese Gemeinden verhindern können, dass ganze Dörfer verschwunden sind. Von ihrem Beispiel können viele andere lernen.

Eine andere fruchtbare Quelle gegen-hegemonialer Ideen war der *Kontinentale Gipfel der indigenen Völker und Nationalitäten von Abya Yala*, der vor kurzem in Guatemala stattgefunden hat. Unter dem Motto „Vom Widerstand zur Macht“ verabschiedeten die Teilnehmenden verschiedenen Punkte „für ein gutes Leben der indigenen Völker“. Es wurde von den internationalen Finanzinstituten und den Regierungen der Rückzug aus einer Politik verlangt, die auf der Konzessionierung von Minen, Wäldern, Wasser etc. auf indigenen Territorien basiert. Und es wurde die Intoleranz der Regierungen verurteilt, die Rechte der indigenen Völker nicht zu achten und den Artikel 169 der ILO nicht anzuwenden.

Genau auf diesen Artikel haben sich die Gemeinden im Ixcán, Guatemala, am 20. April berufen, um mit einer Volksabstimmung das Megaprojekt des Stausees Xalalá und die Ausbeutung von Ölquellen abzulehnen (siehe separater Artikel).

Das Beispiel *Franja Transversal del Norte*

Auch die Region der *Franja Transversal del Norte* (FTN), die die Departements Huehuetenango, Quiché, Alta Verapaz, Izabal und den Süden des Petén durchzieht, ist durch die Durchsetzung der Projekte im Rahmen des PPP bedroht. Am Beispiel der FTN lässt sich die oben ausgeführte These von Carlos Fazio bestens illustrieren:

Vor kurzem bekam das extra zu diesem Zweck gegründete Unternehmen *Solel Boneh FTN*, zu dem sich guatemalteckische und ausländische Firmen zusammengeschlossen haben und das sich als einziges für das Projekt beworben hatte, den Zuschlag für die Asphaltierung und den Ausbau der FTN. Die 363 km lange Strasse, die von Modesto Méndez, Livingston, nach Nentón, Huehuetenango führen wird, soll innerhalb von drei Jahren gebaut werden. Danach verpflichtet sich *Solel Boneh FTN* während weiteren zehn Jahren für die Unterhaltungspflege.

Dafür bekommt sie nach Abschluss der Bauarbeiten vom guatemalteckischen Staat während maximal 30 Jahren die Summe von jährlich ca. 20 Mio. US-\$, insgesamt also rund 600 Mio. US-\$. Die guatemalteckische Regierung verpflichtet sich ausserdem, die Kosten für die "Erlangung der Wegerechte" zu übernehmen. Diese (realen und politischen) Kosten können je nach dem Widerstand der betroffenen Bevölkerung sehr hoch werden, vorsorglich spricht der Vertrag denn auch von „Zwangse enteignungen“, falls es keine gütlichen Regelungen über

die Landabgaben geben sollte.

Am meisten von der FTN profitieren werden die lokalen und internationalen Investoren, die in der Region Ölförderung, Stauseen, Zuckerrohr- oder Afrikanische Palmenplantagen betreiben. In diverse dieser Projekte sind Familienangehörige des aktuellen Präsidenten involviert.

Solel Boneh ist eine Tochterfirma der *Housing & Construction Holding Co. Ltd.*, dem grössten israelischen Unternehmen für Strassen- und Hausbau.

Die seit über 25 Jahren in Guatemala arbeitende *Solel Boneh International* ist eines der Unternehmen, die im Laufe der Geschichte am meisten private und öffentliche Bauaufträge ausführen konnte. Seit der Regierungszeit von General Lucas García bekam *Solel Boneh International* von jeder nachfolgenden Regierung millionenschwere Aufträge.

Der Beginn der Tätigkeit des Unternehmens in Guatemala kann durchaus im Zusammenhang mit der von Israel stark unterstützten Aufstandsbekämpfung gesehen werden: Während des Krieges waren diejenigen Strassen am besten ausgebaut, die zu den strategisch wichtigen Militärcasernen führten. Das Unternehmen hat auch rund ein Drittel der Aufträge ausgeführt, die im Rahmen des Wiederaufbaus nach dem Hurrikan Stan im Oktober 2005 vergeben wurden.

Mit dem Ausschreibungsverfahren und der späteren Administration des Projekts ist die US-amerikanische Firma *Luis Berger Group* beauftragt, eine der vier weltweit grössten Baufirmen, aktuell führend involviert in den Wiederaufbau im Irak. Wer genau die rund 20 Unternehmen sind, die dem Konsortium *Solel Boneh FTN* angehören, ist unklar, Gerüchten zufolge soll u.a. das Anwaltsbüro des Schwiegervaters von Präsident Berger dazugehören, das zugleich der legale Vertreter der Ölfirma *Petrolatina Energy* und der *Guatemalteckischen Nikelkompanie* (CGN) ist, die beide in der *Franja Transversal de Norte* operieren.

Der Vertrag mit *Solel Boneh International* wurde zwar bereits ausgestellt, er muss aber vom guatemalteckischen Kongress noch bestätigt werden, was auf Ende April/Anfang Mai erwartet wird. Da es sich um ein hochpolitisches Thema handelt, wird eine hitzige Debatte erwartet. Es kann sein, dass wahlpolitische und wirtschaftliche Interessen das Inkrafttreten des Vertrags verzögern werden oder ihn gar kippen.

Soziale Organisationen in Guatemala kritisieren, dass der Auftrag an das einzige sich darum bewerbende Unternehmen vergeben wurde und verlangen eine neue Ausschreibung.

Für das Leben, die Erde und die Würde

Ein gekürzter Bericht von Martha Kuderer.

Am 20. April erhob die Bevölkerung des Ixcán ihre Stimme, um ihre Meinung zum Bau von Staudämmen und Projekten zur Erdölgewinnung in einer kommunalen Volksbefragung kund zu tun. Von den insgesamt 75'000 EinwohnerInnen gaben 18'000 Personen ihre Stimme ab, von denen sich ca. 93% klar gegen diese Projekte entschieden.

In den 60er Jahren wurde der bis dahin unbewohnte und nur schwer zugängliche Ixcán, Departement Quiché, von Menschen aus verschiedenen Teilen Guatemalas besiedelt, die auf diese Weise an ein Stück eigenes Land kamen, denn schon damals war die Landverteilung eines der Hauptprobleme Guatemalas. Mit der Unterstützung von Freiheits-theologInnen organisierten sich viele Dörfer in Kooperativen, die so eine vom Staat relativ unabhängige und politisch wie ökonomisch selbst bestimmte Verwaltung aufbauen konnten. Anfang der 70er begann sich hier die Guerillabewegung EGP (*Ejército Guerrillero de los Pobres*) zu organisieren. Doch das Militär reagierte mit nur noch stärkerer Repression, vor allem gegen die zivile Bevölkerung. Während der „Politik der verbrannten Erde“ Anfang der 80er wurden unter den Militärdiktaturen von Lucas García und Ríos Montt allein in dieser Gegend über 120 Dörfer verbrannt und die Bevölkerung niedergemetzelt.

Aber auch nach der Unterzeichnung der Friedensverträge 1996 und dem Ende der öffentlichen staatlichen Repression, kehrt in den von Gewalt gezeichneten Ixcán keine Ruhe.

Schon seit der Besiedelung der Region ist seitens der Oligarchie immer wieder die Rede von Projekten zum Rohstoffabbau und Wasserkraftwerken, die aber über Jahrzehnte hinweg durch die Guerilla und die organisierten Kooperativen grossteils erfolgreich abgewehrt werden konnten. Während der Regierung des Präsidenten Arzú (1996-2000) wurde jedoch ein neues Gesetz erlassen, das die Steuern, welche ein Unternehmen für den Rohstoffabbau zahlen muss, von 6% auf 1% der Gewinne senkte und somit das Interesse multinationaler Firmen schürte. Durch den Infrastrukturplan *Plan Puebla Panama* (PPP) und diverse Freihandelsabkommen finden die verschiedenen überregionalen Grossprojekte politische Unterstützung.

In Xalalá, am Fluss Chixoy im Ixcán, soll nun von einer Privatfirma ein Wasserkraftwerk errichtet werden, das in seinem Ausmass mindestens 18 Dörfer auf unterschiedliche Weise direkt gefährden wird. Bis jetzt ist kein staatlicher

Plan darüber bekannt, wie die lokale Bevölkerung unterstützt oder entschädigt werden soll. Der Regierungsabgeordnete Maynor López äusserte sich bereits vor eineinhalb Jahren zu diesem Thema: „Die Gegend, wo der Staudamm gebaut werden wird, ist ein unberührtes Urwaldgebiet, das einzig von wilden Tieren bewohnt wird ... wir hoffen, dass bei Beginn der Ingenieursarbeiten nicht irgendeine Nichtregierungsorganisation auftaucht, die die Tiere schützen will.“

Die Argumente, mit einem Wasserkraftwerk billiger, sauberer und Erdöl sparender Energie erzeugen zu können, klingen überzeugend; jedoch ist davon auszugehen, dass diese Energie zwar aus den Ressourcen der Region gewonnen, nicht aber der lokalen Bevölkerung zu Gute kommen wird (von denen die meisten noch ohne Strom leben), sondern an andere Länder verkauft wird.

Neben dem Wasserkraftwerk in Xalalá und weiteren kleinen Kraftwerken dieser Art sind auch bereits Projekte zur Erdölgewinnung geplant. Deren BefürworterInnen werben mit Strassenbau, Arbeitsplätzen, Energie, Rohstoffgewinnung und „Entwicklung“. Diesen für bestenfalls eine begrenzte Zeit geltenden Vorteilen stehen jedoch viele Nachteile gegenüber. Erdölabbau kann sich gravierend auf die Gesundheit der Menschen und die Natur auswirken. Zudem können derartige Grossprojekte zu inneren, oft politischen Konflikten, Vertreibung der ansässigen Bevölkerung und zur Verschwendung von weiteren Rohstoffen (Wasser, Holz, Schutt) führen.

Entgegen der von Guatemala unterzeichneten Konvention 169 der *Internationalen Arbeitsorganisation* ILO wurde die Bevölkerung über diese Vorhaben vom Unternehmen oder Staat weder aufgeklärt noch konsultiert. Nach ausgiebiger Vorarbeit, die bereits im Oktober 2004 begann, beschloss der Gemeinderat im Februar 2007 schliesslich eine kommunale Volksbefragung. Rechtlich stützt sich diese zusätzlich zum ILO-Abkommen auch auf zahlreiche guatemalteke Gesetze.

Am 20. April wurde die von den OrganisatorInnen als „historisches Ereignis“ bezeichnete Abstimmung durchgeführt. In 122 der insgesamt 176 Dörfer des Ixcán versammelten sich Frauen, Männer, Jugendliche und Kinder, die ebenfalls aufgerufen waren, um durch Handheben oder Zettelurne abzustimmen. Mit der Präsenz von mehr als 200 (inter)nationalen BeobachterInnen war für mehr Legitimität, Transparenz und einen demokratischen Ablauf gesorgt. Den ganzen Tag über konnten die Ereignisse über kommunale Radiosender ver-

folgt werden. Das Interesse der HörerInnen beschränkte sich nicht auf den Ixcán, betrifft die Problematik schliesslich, in unterschiedlichem Masse, das ganze Land. Von den guatemaltekeischen Zeitungen jedoch gab es kaum Berichterstattung. In der „*Prensa Libre*“ (neben dem Boulevardblatt „*Nuestro Diario*“ die einzige „Qualitätszeitung, die auch ausserhalb der Grossstädte zu erstehen ist, aber längst nicht das ganze Land erreicht) erschien erst vier Tage später ein fast unscheinbarer Artikel ohne jegliche Hintergrundinformation.

Früh am nächsten Tag brachten die kommunalen Autoritäten die Resultate ihrer Dörfer nach Playa Grande, dem Gemeindezentrum vom Ixcán; bereits am späten Vormittag wurden die ersten Ergebnisse vor vielen Interessierten bekannt gegeben. Eine Jugendtheatergruppe präsentierte ihr extra für diesen Anlass vorbereitetes Stück „Das verräterische Unternehmen“ und die Freude über das Ergebnis der Abstimmung war allen Gesichtern abzulesen. Nun soll es dem Kongress, der Regierung, dem *Menschenrechtsprokurat* (PDH), sowie nationalen und internationalen Menschenrechtsorganisationen vorgelegt werden. Inwieweit der Wille „des Volkes“ Beachtung finden wird, bleibt abzuwarten. Indes war der Prozess der „*Consulta Comunitaria de buena fe*“ schon an sich ein Erfolg. Nicht nur hinsichtlich staatsbürgerlicher Beteiligung an demokratischen Prozessen wurden wertvolle Erfahrungen gemacht. Auch soziale Strukturen sowie das Selbstbewusstsein der indigenen und bäuerlichen Bevölkerung wurden gestärkt.

Trotzdem war zu beobachten, dass sich sowohl von den BefürworterInnen als auch von den GegnerInnen der geplanten Projekte teilweise politische Interessen und propagandartige Formen in den Ablauf einschlichen. Oft fehlte es an objektiver Information über die Problematik, um einen kritischen, offenen und klärenden Diskurs generieren zu können. Die Botschaften wurden teils wie Werbeslogans verbreitet und konnten somit zu einer unreflektierten Wiedergabe verleiten. Aber all das darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich ein Grossteil der Bevölkerung sehr wohl über Vor- und Nachteile bewusst ist, ging doch die Initiative zu der Volksbefragung direkt von der sozialen Basis aus.

Das Thema ist mit Sicherheit kein leichtes, denn „nein“ sagen alleine reicht nicht, um Lösungen zu finden, hat doch die Bevölkerung des Ixcán auch Interessen hinsichtlich einer besseren Infrastruktur und „Entwicklung“.

Licht aus

Guatemala, 11. April. Gerade hatte die *Nationale Stromkommission* (CNEE) noch stolz kundgetan, es blieben lediglich 15% der ländlichen Gegenden ans Stromnetz anzuschliessen, die vornehmlich im Westen des Landes, in Huehuetenango, Alta Verapaz und Quiché liegen. Nun haben aber die ExpertInnen des *Nationalen Elektrizitätsinstituts* (INDE) eingestehen müssen, in diversen Gemeinden auf unbestimmte Zeit die Stromversorgung überhaupt nicht garantieren zu können. Und zwar in den Departements Izabal, Petén, Alta Verapaz, Jutiapa und Jalapa, San Marcos, Huehuetenango und Quiché. Grund dafür ist der Totalausfall von zwei Stromtransformatoren im grössten Wasserkraftwerk Chixoy seit Mitte März. Noch ist ungewiss, wie und wann neue Geräte angeschafft werden können.

Einmal mehr zeigt sich, dass auf Seiten des Staates das Interesse an langfristiger Versorgungssicherung gering ist, wurden die Transformatoren doch offenbar weder gewartet noch rechtzeitig repariert.

Aber die Stromversorgung ist ohnehin immer wieder und landesweit ein Stein des Anstosses zwischen Bevölkerung und der Stromlieferanten DEORSA

– im Osten des Landes und DEOCSA im Westen, Tochterunternehmen der spanisch-transnationalen *Union FENOSA*. Die AnwohnerInnen erhalten überhöhte Stromrechnungen und weigern sich, diese zu zahlen oder zahlen generell verspätet. Gleichzeitig ist nachgewiesen, dass Stromzähler immer wieder manipuliert werden, um die hohen Preise zu rechtfertigen. Und die Stromfirmen kappen die Versorgung – zum Teil entgegen anders lautenden Abmachungen mit der Gemeinde – weil zu viele Rechnungen nicht bezahlt seien.

Unbekannte kappen dagegen mancherorts die Leitungen selbst und sorgen für Ausfälle – unabhängig von der Stromlieferung, sondern allein aufgrund der Kupferkabel, die sich woanders wieder verkaufen lassen. In El Progreso kam dabei kürzlich ein Mann durch einen Stromschlag ums Leben.

Seit rund zwei Jahren ist die Diskussion um die Gesetzgebung zur Elektrizitätsversorgung im Gange gewesen, jetzt hat die Exekutive die neuen Reglements veröffentlicht, ohne weitere Konsultationen in Betracht zu ziehen oder die Endfassung vor der Publizierung gar bekannt zu geben. Die Diskussionen um das Stromgesetz zwischen Regierung

und CNEE hatten im Februar den damaligen Energie- und Minenminister Luis Ortiz dazu veranlasst zu kündigen, laut eigener Aussagen aufgrund von „persönlichen Problemen“. Gemäss Ortiz würden die Modifikationen verhindern Probleme der fehlenden Investitionen im Stromsektor zu lösen. Dagegen behauptete die CNEE, dass ohne die Reformen die Gefahr der Rationalisierung wachse. Die Vermutung liegt nahe, dass die Verabschiedung der Veränderungen aufgrund von persönlichen Interessen der Drahtzieher verzögert wurde. So veröffentlichten die Unternehmen des Stromsektors ein Kommuniqué, in dem sie die Massnahmen der Regierung als „radikal“ bezeichneten, die zur Unregierbarkeit innerhalb des Sektors führen würden. Dagegen unterstrichen die Zuständigen vom Ministerium und CNEE, das Gesetz sehe vor, zukünftig langfristige Verträge der Stromlieferung zu schliessen, so dass grosse Projekte wie die Wasserkraftwerke tatsächlich rentabel werden können.

Luis Ortiz hatte sich während seiner Amtszeit derweil dadurch ausgezeichnet, den Erdölunternehmen alle Freiheiten zu lassen. Seine Nachfolgerin ist Carmen Urizar.

Die Abadíos vor Gericht wegen Geldwäsche in der SAT

Guatemala, 21. April. Zu Beginn seiner Amtszeit kündigten Oscar Berger und seine *Grosse Nationale Allianz* (GANA) lauttönend an, ihrer Vorgängerpartei, der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG) den Prozess zu machen und diverse Korruptionsskandale vor Gericht zu bringen. Nach ersten statuierten Exempeln war es dann schon bald still. Jetzt aber, kurz vor Regierungsende, soll offenbar noch einmal für Aufsehen gesorgt werden.

Anfang Februar wurde der Prozess aufgenommen, Ende April nun abgeschlossen und das Urteil gesprochen im Fall der Millionenhinterziehung in der Steuerverwaltungssuperintendentanz SAT. Auf der Anklagebank sass ein Vater mit seinen Söhnen: Marco Tulio Abadío Molina, damaliger Chef der SAT, Junior Vinicio Abadío Carrillo und Byron René Abadío Carrillo. Letzterer, aufgrund von Kautionszahlung auf freiem Fuss, wurde heuer am zweiten Prozesstag festgenommen. Angeblich wusste er nichts davon, dass das Berufungsgericht schon im April 2005 die Freigangserlaubnis revidiert hatte. Angeklagt werden sie – und als involviert verurteilt noch zwei andere Personen –, während Abadíos Zeit in der SAT 24,1 Mio. Quetzales un-

terschlagen zu haben. Nicht existente Firmen, die auf die Namen der Söhne liefen und angeblich Dienstleistungen erbrachten sowie Material an die SAT lieferten, dienten als Abzweigstelle.

Für den Prozess wurden vom Generalprokurat, der Staatsanwaltschaft, der SAT und dem Rechnungsprüfungshof 30 ZeugInnen geladen, die Verteidigung hatte weitere 30 ZeugInnen aufgetan. Auch Willy Zapata, der die Kontrolle der SAT bei Abadíos Abgang 2004 übernahm und selbst in der letzten Zeit wegen der diversen Bankenskandale für Aufruhr sorgte, leistete seine Aussage.

Abadío senior versuchte noch, sich für unschuldig zu erklären und einem anderen Angeklagten die Verantwortung zuzuschieben, doch die RichterInnen um Morelia Ríos waren sich bald einig und nicht zimperlich. Abadío Molina wurde zu 30 Jahren und 4 Monaten Haft und einer Geldstrafe in Höhe von 275'000 Quetzales sowie 24,1 Mio. als Zahlung „bürgerlicher Verantwortlichkeiten“ verurteilt. Die von ihm begangenen Verbrechen lauten auf Hinterziehung, Erpressung und Geldwäsche.

Der vom Senior denunzierte Carlos Alberto Barreda Rodas, ehemaliger stellvertretender Geschäftsführer der SAT,

wurde wegen Hinterziehung und Erpressung zu 6 Jahren und 6 Monaten Haft verurteilt.

Sohn Junior Abadio erhielt eine Haftstrafe von 15 Jahren, 3 Monaten wegen Betruges und Geldwäsche und ebenfalls eine Geldstrafe von 24,1 Mio. Quetzales, die, werden sie nicht bezahlt, sich pro 100 Quetzales in einen zusätzlichen Hafttag verwandeln, in summa 660 Jahre, er müsste dann 50 Jahre, die Maximalstrafe, absitzen. Unsicher ist, ob tatsächlich je beide die provozierte Schadenssumme zahlen müssen, manche Informationen deuten darauf hin, dass diese unter den Verurteilten aufgeteilt wird.

Der andere Sohn, Byron René, muss für 6 Jahre ins Gefängnis und 160'000 Quetzales wegen Geldwäsche zahlen. Ana Angélica Díaz Fajardo, die zu einer der involvierten Firmen, *Omni-grafik*, gehörte, geht auch für 6 Jahre hinter Gitter, muss aber 1,4 Mio. zahlen.

Dagegen wurden der SAT-Mitarbeiter Carlos Rodimiro Lucero Paz, und Alba Alicia de León Chávez freigesprochen. De León war Hausangestellte bei den Abadíos und wurde dazu benutzt, Dokumente zu unterschreiben und Bankkonten zu eröffnen, über die die Gelder gewaschen wurden.

Femizid – Berichte, Zahlen, keine Verbesserungen

Guatemala, 25. April. Gerade noch wurde der Bericht öffentlich vorgestellt, der Ergebnis des Guatemala-Besuches von Yakin Ertürk ist, der *UN-Sondergesandten für Gewalt gegen Frauen*, im Februar 2004. (siehe ¡Fijáte! 304) Dabei rügte der *Repräsentant des Büros der UNO-Menschenrechtshochkommission (OACNUDH)*, Anders Kompass, die Regierung, ob ihrer Indifferenz gegenüber den Empfehlungen von Ertürk. Diese hatte unter anderem nahegelegt, den Etat der *Nationalen Koordinationsstelle zur Prävention von Häuslicher Gewalt und Gewalt gegen Frauen (CONAPREVI)* zu erhöhen, die objektive Ermittlung von Anzeigen über häusliche Gewalt zu stärken und den Schutz der Opfer zu verbessern. Zudem seien die herrschende Diskriminierung, der Ausschluss und die Armut, in der der Grossteil der weiblichen Bevölkerung lebt und von denen besonders die indigenen Frauen betroffen sind, durch Anstrengungen des Staates auszumerzen. Allein die Öffnung weniger Frauenhäuser und die *Gender-Sensibilisierung* einiger FunktionärInnen seien Vorschläge, die die Regierung in die Tat umgesetzt habe.

Dann kündigte das Aussenministerium an, mit gutem Beispiel voranzugehen und nun all seine Pläne und Projekte geschlechterdifferenziert anzugehen. Damit will es den Aggressionen und Rechtsverletzungen vorbeugen, denen die Frauen ausgesetzt sind, die sich in die Migration begeben, um ihr und das Überleben ihrer Familie zu sichern. Während die Sicherheitskräfte im meist ge-

wählten Zielland USA repressiv gegen die Einreisenden ohne Papiere vorgehen und deren Rechte kontinuierlich missachten, zeigen sich laut Vize-Aussenministerin Marta Altolaguirre die zuständigen US-FunktionärInnen in diesem Fall durchaus kooperativ und liefern Informationen über Menschenschmuggelnetze, die die Guatemaltekinnen sexuell ausbeuten. Die mexikanische Regierung sei hingegen weniger hilfsbereit.

Gemeinsam mit dem *Menschenrechtsprokurat (PDH)* und der *Präsidentiellen Menschenrechtskommission (CO-PREDEH)* versucht das Aussenministerium auch in Guatemala, MenschenhändlerInnen zu identifizieren und zu vermeiden, dass die Frauen mit falschen Versprechungen in andere Länder verschleppt werden.

Und jetzt wurden wieder aktuelle Zahlen bekannt und erschrecken: Laut einer Studie der Frauenkommission des Kongresses ist der Femizid – der Mord an Frauen – in den ersten drei Monaten dieses Jahres um 24,8% angestiegen. 158 Frauen starben zwischen Januar und März 2007 auf gewaltsame Weise, 125 waren es im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Gleich geblieben sind die Zeichen der angewendeten Gewalt: Vergewaltigung vor dem Tod, Schläge, Folter, einige Opfer starben am Gnadenschuss.

Zwischen Januar und März 2007 wurden 1'459 Männer und Kinder, also Jungen und Mädchen, ermordet.

Die Studie zeigt auf, dass vornehmlich Frauen im Alter zwischen 16 und 40 Jahren in den Departements Guatemala, Escuintla, San Marcos, Santa Rosa, Jutiapa und Chiquimula ermordet wurden. Nichts Neues ist auch die Beobachtung, dass sich an der geringen Zahl von Ermittlungen und gar entsprechenden Pro-

zesserfolgen nichts geändert hat.

Eine weitere Studie gibt es jetzt mit dem Titel „Die aussergerichtlichen Hinrichtungen von stigmatisierten Jugendlichen“. Sie wurde erarbeitet vom Menschenrechtszentrum CALDH, dem *Institut für vergleichende Studien und Strafwissenschaften (IECCPG)* und der *Menschenrechtsorganisation Sicherheit in Demokratie (SEDEM)*. In Bezug auf den Mord an Frauen enthüllt die Untersuchung, dass vor allem Frauen, die in extremer Armut in Randgebieten der Städte leben, alleinerziehende Mütter oder Frauen, die mit einem gewalttätigen Partner zusammenleben, Arbeiterinnen im informellen Sektor und die indigenen Frauen zu Opfern des wachsenden Femizids werden. Interviews mit Frauen aus den Municipien Villa Nueva und San Juan Sacatepéquez, Gegenden, die als besonders gefährlich gelten, belegen die Angst, mit der sich diese tagtäglich auf die Strasse begeben ohne zu wissen, ob und wie sie an ihrem Ziel und dann wieder zu Hause ankommen.

Gemäss der Analyse beharren die Autoritäten auf ihrer Antwort hinsichtlich des Femizids, die Morde dem gemeinen Verbrechen oder der Privatsphäre des Opfers zuzuschreiben, ohne die Existenz eines beharrlichen Musters der Gewalt gegen Frauen anzuerkennen, deren Wurzeln tief in der Diskriminierung stecken.

Die Stigmatisierung der Opfer und deren Abstempelung als „Prostituierte“ oder „Marera“ (Jugendbandenmitglied) aufgrund der Kleidung oder einer Tätowierung ohne jegliche Ermittlung, sowie die Desinformation von Familienangehörige, denen zudem der Zugang zu den Akten verwehrt wird, stellen die alltägliche Realität dar.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75
Kto.-Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:
Barbara Müller

Christiane Treack
c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:
Ewald Seiler
Rahel-Varnhagen-Str. 15
79100 Freiburg
fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €
Auslands-Abo: 60.- €
E-Mail-Abo: 50.- €
Erscheinungsweise 14-täglich.
Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/fijate

Guatemala wird Geotourismus-Ziel

Guatemala, 25. April. Guatemala wird das fünfte Land sein, das das so genannte Geotourismus-Abkommen mit der *National Geographic Society* unterschreibt. Mit dieser Partnerschaft soll auf internationaler Ebene der Bekanntheitsgrad des kulturellen wie Naturerbes des Landes gefördert werden.

Unterzeichnet wurde die Vereinbarung vom *Guatemalteckischen Tourismus-Institut (INGUAT)*, der *Nationalen Kaffee-Vereinigung (ANACAFÈ)* und der US-amerikanischen Kooperationsinstitution USAID, Präsident Oscar Berg waltete als Ehrenzeuge.

Gemäss Aussagen von Jonathan Tourtellot, dem *Direktor des Zentrums für nachhaltige Ziele* von *National*

Geographic werden “mit Unterzeichnung der Informationen zusammengestellt für einen bestimmten Typ von TouristInnen, die man anlocken möchte, zudem wird es mehr Nutzen für die Erhaltung der Natur und einen wirtschaftlichen Anstoss für die ländlichen und indigenen Gemeinden des Landes geben“.

Mit Unterstützung von Unternehmen aus dem Sektor wird eine Studie erstellt, um auszusuchen, welche Gemeinden über das Programm des Geotourismus „vermarktet“ werden sollen.

„Seit Beginn des Jahres sind die Einnahmen von Tourismus-Devisen um 21,3% gestiegen und wir erwarten noch mehr Wachstum.“ kommentiert INGUAT-Direktor Daniel Mooney euphorisch.

HIV/Aids breiten sich aus

Guatemala, 21. April. Das *Guatemaltekeische Sozialversicherungsinstitut* (IGSS) muss 3,5 Mio. Quetzales (ca. US-\$ 460'000) Schadensersatz an Karen Julissa Blanco Lemus zahlen, die 1994 bei einer Bluttransfusion mit HIV/Aids infiziert wurde. Das Verfassungsgericht wies einen Einspruch vom IGSS ab und ordnete die sofortige Auszahlung an. Mit dieser Resolution ist dem vor 12 Jahren begonnen Rechtsstreit beendet.

Karen Blanco war 1994 zur Geburt ihres Kindes in das Krankenhaus Juan José Arévalo Bermejo in der Zone 6 der Hauptstadt eingeliefert worden. Infolge der Geburt diagnostizierten die Ärzte Anämie und verabreichten der Mutter einige Blutkonserven, von denen eine mit dem HI-Virus infiziert war.

Das IGSS hatte sich bislang geweigert zu zahlen und verwies dabei auf eine Entscheidung des Berufungsgerichtes, das vor fünf Jahren das wegen ärztlicher Fehler angeklagte IGSS-Personal freigesprochen hatte.

Neben Honduras und Belize gehört Guatemala inzwischen zu den Risikoländern für HIV/Aids. Auch wenn die Zahlen von HIV-infizierten Personen nicht mit denen von Brasilien, Argentinien und Kolumbien vergleichbar sind, hat sich die Krankheit in den letzten Jahren enorm ausgebreitet und betrifft immer mehr verheiratete, monogam lebende Frauen. Dies ist eine der Beobachtungen, die auf dem Nationalen Forum zu Menschenrechten HIV und Aids thematisiert wurde, das Mitte des Monats in Guatemala-Stadt von der *Koalition der First Ladys und Führungsfrauen von Lateinamerika und der Karibik* organisiert wurde. In Guatemala wird zudem das Phänomen ausgemacht, dass fast 82% der knapp 10'000 registrierten mit HIV/Aids-infizierten Personen in den Departements entlang der *Interamericana* zwischen der mexikanischen und der honduranischen Grenze leben: in San Marcos, Quetzaltenango, Retalhuleu, Suchitepéquez, Escuintla, Guatemala, El

Progreso, Zacapa und Izabal. Laut Schätzungen von der sich dem Thema widmenden UNO-Organisation UNO-Aids ist die Dunkelziffer weitaus höher. Demnach leben sogar rund 65'000 Menschen in Guatemala mit der Krankheit. Cristina Calderón, Vertreterin des *Regionalen Netzwerkes zu Menschenrechten, HIV und Aids*, weiss zu berichten, dass hier täglich acht Personen aufgrund von Aids sterben.

In der Schlusserklärung des Forums erinnerten die mehr als 3'000 TeilnehmerInnen daran, dass Aids nicht nur ein Gesundheitsproblem ist, sondern dass auch die Armut, wirtschaftliche Krisen, Marginalisierung und das Fehlen von Bildung neben weiteren Faktoren zur Ausbreitung der Krankheit beitragen. Allein in Guatemala haben rund 4'000 infizierte Personen keinen Zugang zu retroviralen Medikamenten und etwa 2'000 von ihnen werden voraussichtlich im Verlauf dieses Jahres deswegen sterben.

Staatliche Eingriffe ins Eheleben

Guatemala, 21. April. Seit einiger Zeit gibt es im Universitätsender samstags morgens eine Radiosendung zum Thema Leben mit Behinderung, eine von zahlreichen kleinen Initiativen, um die Bevölkerung zu sensibilisieren hinsichtlich der vielen bestehenden Hindernisse für behinderte Menschen und deren tatsächlichen Bedürfnisse. Nun zieht auch die Politik nach: Der *Nationalrat zur Betreuung von Personen mit Behinderung* (CONADI) machte sein Programm publik, das als Regierungsabkommen Mitte des Monats gebilligt wurde. Ein entsprechendes Gesetz gibt es schon lange.

Die gesellschaftliche Integration und Beteiligung der betroffenen BürgerInnen sollen auf den Ebenen Gesundheit, Bildung und Arbeit erreicht werden, eingebunden sind aber auch die Bereiche Freizeit, Sport, Zugang zu öffentlichen Orten und Transportmitteln und die Stärkung der Rechtssituation, informierte Helga Luna, Präsidentin des CONADI. Diese Institution hatte das Dokument der Exekutive vorgelegt.

Laut Luna sind 10% der Bevölkerung durch eine körperliche, psychische oder Sinnesbehinderung eingeschränkt. So sei es längst an der Zeit, dass die unterschiedlichen Sektoren der Gesellschaft ihre Verantwortung zur Integration der behinderten Menschen übernehmen. Dazu gehöre eine komplette Reform des Angebotes von grundlegenden

Dienstleistungen, meint Sebastián Toledo vom Blinden- und Gehörlosenkomitee. „Wir fordern Gleichberechtigung, keine Privilegien. Darum muss das Behinderten-Gesetz erfüllt werden und die neue Politik.“ José Cecilio del Valle vom CONADI erinnerte daran, dass im Juni 2006 dem Kongress ein Gesetzesvorschlag unterbreitet wurde, nach dem 4% der Stellen im öffentlichen wie privaten Sektor an arbeitsfähige Angestellte mit Behinderung vergeben werden sollen. Die Legislative solle diese Initiative endlich bearbeiten.

Gleichwohl werden die Personen mit Behinderung weitläufig ausgeschlossen und diskriminiert, beobachtet Silvia Quan vom *Menschenrechtsprokurat* (PDH). Weder beim Bau von Gebäuden noch bei Transportmitteln werden die Bedürfnisse von Behinderten berücksichtigt. Bestes Beispiel dafür ist die *Transmetro* (¡Fijáte! 383). Schon in der Planungsphase hatten Behindertenverbände an sich erinnert und haben mit Unterstützung des *Erzbischöflichen Menschenrechtsbüros* (ODHAG) vor Gericht erreicht, dass die Busanlage zumindest nachträglich behindertengerecht gestaltet werden muss. Ob dies auch gemacht wird, ist eine andere Frage.

Erste, dringend notwendige Entscheidungen zu Gunsten von behinderten Menschen hat in diesen Tagen das Verfassungsgericht (CC) getroffen. Es

gab einem Einspruch der PDH gegen das *Nationale Sozialversicherungsinstitut* (IGSS) statt, das bislang Behinderten die monatliche Invaliditätsrente entzog, sobald sie heirateten. Ihnen stehen im Monat zwischen 340 und 4'800 Quetzales (ca. US-\$ 45 – 640) pro Versicherter/m zu. Jetzt muss das IGSS zahlen: 12'612 Personen sind als Invalide aktuell gemeldet. Von diesen sind gerade mal 29 Singles.

Noch vor rund zwei Monaten hat der Kongress seinen Einfluss auf die soziale Kontrolle in Sachen Eheschließung geltend gemacht und Artikel im Bürgerlichen Gesetzbuch modifiziert. Nun muss nicht nur der Mann, wie bis dato üblich, sondern auch die Frau ein Gesundheitszeugnis vorlegen, wenn sie heiraten will. Darin muss bestätigt sein, dass die interessierte Person an keiner unheilbaren, ansteckenden Krankheit leidet, die gesundheitsschädlich für die Partnerin/den Partner oder Nachkommen ist. Ausserdem darf die heiratswillige Person keine Gebrechen haben, die zur Zeugungsunfähigkeit führen. Ausgenommen von dieser Pflicht sind Leute, die in Gegenden wohnen, wo es keine für die Untersuchung ausgestatteten Krankenhäuser gibt und jene, die bereits in einer Beziehung gelebt haben.

Anstatt sich um rechtliche „Gleichberechtigung“ zu bemühen, wäre der Artikel 97 besser ganz gestrichen worden.